

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 75 Heller

Redaktion u. Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telephon 53077 - Herausgeber: Siegfried Laub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

18. Jahrgang

Freitag, 7. Jänner 1938

Nr. 5

Es gibt keinen Menschen,  
der nicht die Freiheit liebt,  
aber der Gerechte fordert sie für alle,  
der Ungerechte nur für sich allein.

Börne.

## Eine versöhnliche Stimme aus Ungarn

Wien. Im „Neuen Wiener Tagblatt“ schreibt der Vizepräsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Dr. Julius Kornis:

„Sollte sich Ungarn als vollständig gleichberechtigter Partner mit der Kleinen Entente zum Verhandlungstisch setzen, und sollten die Bescheideneren, aber natürlichen Ansprüche Ungarns Anerkennung finden, dann hätten wir keinen Grund zur weiteren Aufrechterhaltung der gespannten Situation, dann könnte man vorerst die wirtschaftliche und die politische Zusammenarbeit der Donaustaaten ausbauen, so wir könnten jenen Grad der Sicherheit und des Friedens erhoffen, wonach wir uns alle sehnen. Sollten wir uns aber täuschen und sollte dieser Zustand, der keineswegs auch nur für einen einzigen Donaustaat vorteilhaft erscheint, weiterhin andauern, dann müßten wir alle unsere Kräfte dahin konzentrieren, unsere Freundschaften mit jenen Staaten, die mit uns gemeinsame Interessen haben, noch mehr zu vertiefen. Es wäre aber im Interesse sämtlicher Donaustaaten, sich zum Zusammenschluß und den Frieden zu sichern.“

## Friedensfühler Japans

Tokio. (Havas.) Ministerpräsident Prinz Konohe, Außenminister Hirota, Kriegsminister Sugijama und Marineminister Tomy hatten Donnerstag eine Beratung, deren Hauptgegenstand die im Umlauf befindlichen Gerüchte bildeten, daß die chinesische Regierung sich mit der Absicht trage, um einen Waffenstillstand zu erlösen. (Was die chinesische Regierung jedoch dementiert.) Nach dieser Beratung wurde folgendes Kommuniqué ausgegeben:

„Es hat den Anschein, daß die Chinesen unter dem Eindruck der japanischen Macht immer mehr die Absicht bekunden, um Frieden zu erlangen. Der innigste Wunsch Japans ist es, definitiv den Frieden im Fernen Osten zu sichern. Dies auch das Ziel aller heutigen Opfer. Insofern jedoch die Chinesen nicht in eindeutiger Weise ihre wirkliche Absicht bekunden, ihre Fehler wieder gutzumachen, werden die Japaner ihre militärischen Operationen fortsetzen, bis sie ihr Endziel erreicht haben.“

Es ist offenkundig, daß die Japaner in der Sachfrage sind. Sie sind von dem starken Widerstandswillen der Chinesen überrascht. Die vorliegende Meldung ist ein Versuchsballon. Daß er losgelassen wurde, ist auf die unhaltbare Finanzlage Japans zurückzuführen, die durch den kostspieligen Krieg einer Katastrophe nahegebracht wird; außerdem befürchten die Japaner, daß die Fortsetzung des Krieges zwangsläufig zu einem Eingreifen der fremden Mächte und damit zur sicheren Niederlage Japans führen wird.

## Bombardierung Hankaus

Hankau. Donnerstag vormittags unternahmen 22 japanische Bombardierflugzeuge in Begleitung von 16 Jagdflugzeugen einen Anflug auf Hankau. Die angreifenden japanischen Maschinen wurden durch lebhaftes Feuer der Flugabwehrschiffe begrüßt. Keine der japanischen Maschinen wurde jedoch getroffen. Auf dem Flugplatz von Hankau wurden 50 Bomben abgeworfen. Auch gegen die Hankauer Sendestation wurde ein Flugzeugangriff unternommen, doch wurde die Station von keiner der fliegenden Bomben getroffen.

## Ausnahmezustand in Honkong

Hongkong. Wie Domei aus Hongkong meldet, hat die dortige Regierung in Anbetracht der augenblicklichen Lage den Ausnahmezustand erklärt.

## 420 Arbeiter im Hungerstreik

Katowick. Auf der großen Metallhütte des Fürsten Hohenlohe in Welnowiec in Polnisch-Schlesien ist ein Okkupationsstreik der gesamten aus 420 Mann bestehenden Arbeiterschaft ausgebrochen. Die Arbeiter traten in den Hungerstreik. Auf der Hütte wurde eine schwarze Fahne gehißt. Der Streik kam infolge der Ankündigung der Hüttenindustrie, daß wegen Mangels an Bestellungen der Betrieb der Metallhütte noch im Laufe des Jänner eingestellt werden muß, zum Ausbruch.

## Stabilisierung der Teruelfront Regierungsarmee verfügt über schwere Artillerie

Noch immer konzentriert sich die Hauptaufmerksamkeit, welche die Weltöffentlichkeit den spanischen Ereignissen widmet, auf die Kämpfe um Teruel. Nach den vorliegenden Berichten vom Mittwoch schrumpfte der Widerstand zusehends, der noch von einigen wenigen Rebellennestern geübt wird. Eine militärische Bedeutung kommt ihm nicht mehr zu. Zum Teil sind die Rebellen in die unterirdischen Kanäle geflüchtet. Es handelt sich vornehmlich um Bhalangisten, die der Meinung sind, daß ihr Leben ohnehin verpielt ist, während sich die sogenannten „regulären“ Truppen der Rebellen, nämlich zwangsgemusterte Spanier, den Siegern ergaben.

Nach den heftigen Angriffen der Franco-Truppen vom Dienstag ist an der Front verhältnismäßige Ruhe eingetreten. Die Rebellen haben offenbar ihre Reserven aufgebraucht und sind trotzdem über den anfänglichen Geländegewinn nicht hinausgekommen. Die Front stabilisiert sich, wofür auch die Tatsache spricht, daß die ausländischen Journalisten, die die Kämpfe von Teruel auf der Rebellenseite verfolgt haben, den Befehl saßen, nach Salamanca zurückzukehren. Der Verlust Teruels ist also für die Rebellen endgültig. Entgegen den früheren Behauptungen des Franco-Hauptquartiers befinden sich die Schlüsselpunkte im Süden von Teruel, nämlich Villadepesa und die Bergfeste Muela del Teruel fest in der Hand der Regierungstruppen, die Front verläuft weit außerhalb der Stadt.

Interessant und bisher zu wenig beachtet ist der Umstand, daß bei Teruel zum ersten Male seit dem Beginn des Bürgerkriegs von den Regierungstruppen schwere Artillerie eingesetzt wurde. Schwere Artillerie hat die Regierungsarmee bis jetzt überhaupt entbehren müssen. Nun scheint die republikanische Oberführung im Begriff zu sein, auch diesen Mangel auszugleichen. Es bestätigt sich übrigens, daß Franco seine gesamte für die Offensive bei Guadalupe vor-

bereitete Truppe für die Kämpfe bei Teruel verwenden mußte. Die mit Nähe aufgestellte Offensivarmee Francos muß als vollständig geschlagen und zerrieben betrachtet werden.

## Quelpos Lügen

Salamanca. (Havas.) General Queipo de Llano erklärte, daß sich Teruel gegenwärtig zum Teil in der Hand der Franco-Truppen und zum Teil in der Hand der Regierungstruppen befindet. Die Franco-Truppen sollen den eingeschlossenen (1) Regierungsabteilungen den Rückzug abgebrochen haben.

## Säuberung Teruels schreitet fort

Barcelona. (Ag. Esp.) Das Verteidigungsministerium gibt bekannt:

Unsere Stellungen haben auch Mittwoch den in der gleichen Richtung wie am Dienstag fortgesetzten Angriffen des Feindes widerstanden. Unsere Truppen haben die Gräben besetzt, welche die Rebellen gegenüber den Höhen 1076 und 1072 gebaut hatten.

Im Innern von Teruel ist am Mittwoch ein großer Teil des Klosters Santa Clara zerstört worden. Anschließend haben unsere Truppen unter Verwendung von Handgranaten das Gebäude gestürmt und darin sechs Gefangene gemacht, darunter einen Hauptmann der Zivilgarde. In den Ruinen des Hauses wurde eine Anzahl Leichen gefunden. Aus den unterirdischen Räumen wurden zahlreiche Zivilisten, besonders Frauen und Kinder, befreit, die dorthin geflüchtet waren.

Die feindliche Flugwaffe hat mit großer Intensität operiert. Unsere Flieger haben heftig Konzentrationen des Feindes bombardiert, die bei San Blas, Conud und Celada entdekt worden waren. Am Nachmittag wurden in einem großen Luftkampf zwei Rebellenflugzeuge, Marke Fiat, abgeschossen.

## Gogas Diktatur wird verankert

Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung  
Ausschaltung der Minderheiten

Bukarest. Die Regierung hat die Bezirks- und Gemeinderäte durch Dekrete aufgelöst. Der „Timpu“ kommentiert die Auflösung der lokalen Selbstverwaltungskörperschaften dahin, daß diese Maßnahme die Einleitung zu einer Verwaltungsreform überparteilichen und nationalen Charakters darstelle. Die kommende Verwaltungsreform werde von zwei Grundfragen getragen sein: Von der Beschränkung der lokalen Selbstverwaltung und einer verstärkten und effektiven Kontrollbefugnis der Exekutivgewalt. Das Ziel der Reform werde eine im nationalen Sinne wirkende lokale Verwaltung sein. Die Regierung sei, so sagt der „Timpu“, der Ansicht, daß die gegenwärtige Verwaltungsordnung Bezirks- und Gemeinderäte ermüdet habe, welche auf Wahlen beruhe, die ihrerseits wieder der gegenwärtigen Bevölkerungsgliederung entsprächen. Diese Gliederung sei aber das Ergebnis der seitverzeitigen Fremdberrschaft, welche den rumänischen Charakter der neuen Staatsgebiete verleiht habe. Eine übertriebene Auffassung des Wahlprinzips habe zur Verfestigung der von der früheren Herrschaft hinterlassenen Lage geführt. Durch Beseitigung dieses Prinzips hoffe die Regierung, den notwendigen Wiedergutmachungsprozess für das Rumänentum zu verwirklichen. Die Regierung lehne es nicht ab, den Minderheiten das Recht, an der Gemeindeverwaltung teilzunehmen, zu gewähren, doch treten diese Minderheiten geschlossen auf, während die Rumänen in verschiedene Parteien gespalten seien. Da die gespannten Beziehungen der rumänischen Parteien eine Besserung in dieser Hinsicht nicht erhoffen lassen, wolle die Regierung den Vorrang des Rumänentums gefestigt sichern.

## Das Einschreiten Englands und Frankreichs

Paris. An französischen informierten Stellen wird betont, daß der freundschaftliche

Schritt, den der französische Gesandte Thierb, ähnlich wie der Gesandte Großbritanniens, bei der Bukarester Regierung am Mittwoch unternommen hat, keineswegs eine Einmischung Frankreichs in die inneren Angelegenheiten Rumäniens bedeute, sondern lediglich den Zweck verfolge, wie dies übrigens Pflicht der beiden Großmächte sei, die rumänische Regierung auf die Wichtigkeit zu verweisen, die beide Regierungen ständig dem Vertrag beimessen, der am 9. Dezember 1919 in Paris unterzeichnet wurde und der die Rechte der Minderheiten verbürgt.

In Paris wird daran erinnert, daß der Vertrag über den Schutz der Juden in Rumänien seinen Ursprung in den Artikeln 44 und 46 des Berliner Vertrages aus dem Jahre 1873 habe, zu dem Bismarck und der französische Minister Waddington die Anregung gaben. Die Auffassungen über die wahrscheinliche Antwort der rumänischen Regierung auf diese Schritte in Angelegenheit der Minderheiten gehen, wie Meldungen aus Bukarest erkennen lassen, dahin, daß die rumänische Regierung die vertraglichen Bestimmungen über die Minderheiten sowohl für die Juden als auch für die übrigen nationalen Minderheitengruppen der Bevölkerung, soweit sie im Jahre 1910 bei Unterzeichnung des Vertrages in Rumänien siedelten, voll respektiere. Die neuen Maßnahmen der Regierung würden lediglich die später auf rumänischem Boden Angesiedelten betreffen.

Bukarest. (Havas.) Der britische Gesandte in Bukarest, Sir Reginald Dora, hatte Mittwoch abends weitere Unterredungen mit dem Vorsitzenden der rumänischen Regierung, Goga.

## Wahlen: am 8. April

Paris. Nach Informationen des Bukarester Berichterstatters der Agence Havas werden die neuen Wahlen in das rumänische Parlament am 8. April stattfinden.

## Bedenkliche Erscheinungen

Eine Reihe von Ereignissen der letzten Zeit ist ein Beweis dafür, daß Deutschland mit großen, insbesondere wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Augenblicklich ist am unerfreulichsten die Lage in der Landwirtschaft. Das erste Jahr des Vierjahresplanes ist in diesem Bereich eine Enttäuschung. Wie arg es sein muß, geht allein daraus hervor, daß der Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium Wade die Flucht in die Öffentlichkeit ergreift. In der Zeitschrift „Deutsche Volkswirtschaft“ gesteht der Genannte, daß die landwirtschaftliche Nutzfläche Deutschlands sich vermindert hat. Was das bedeutet, erhellt daraus, daß einer der Zwecke des Vierjahresplanes die Selbstverwaltung Deutschlands mit Rohstoffen und industriellen Rohstoffen ist und daß eine Vergrößerung des deutschen Ackerbodens geplant war. Es tritt nun genau das Gegenteil ein: Die landwirtschaftliche Nutzfläche ist heute kleiner als zur Zeit der Weimarer Republik, in den letzten fünf Jahren betrug die Verminderung 650.000 Hektar. Ein weiteres Symptom für die Verschlechterung der Lage ist die Tatsache, daß die Betriebsausgaben 1937 um 335 Millionen Mark, die Verkaufserlöse nur um 163 Millionen Mark gestiegen sind, die Einnahmen der deutschen Bauern demnach eine sinkende Tendenz aufweisen. Im Zusammenhang damit versteht man die steigende Verschuldung der Landwirtschaft, die seit 1935 festzustellen ist — eine sonderbare Erscheinung angesichts der Lehre von Blut und Boden. „Wir nähern uns“, so schließt der Artikel des Staatssekretärs, „in der Erzeugungsschlacht dem Augenblick über haben ihn bereits erreicht, in dem eine weitere Steigerung, die volkswirtschaftlich unbedingt gebraucht wird, die Wirtschaftskraft der landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr stärkt, sondern schwächt.“ Nach einem Jahre Vierjahresplan ist die deutsche Landwirtschaft bereits in der Enge. Die furchtbare Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche, das Massensterben des Viehs, das eingeleitet hat, zeigt die ganze Gefahr, in der sich die Landwirtschaft befindet. Wohl ist kein Land vor dieser Seuche sicher und sie tritt auch in Staaten mit anderer Regierungsform auf — aber es wird von Fachleuten darauf hingewiesen, daß die schlechte Ernährung des Viehs, die vom Vierjahresplan genau so diktiert wird, wie die mangelhafte Ernährung des Menschen, die Anfälligkeit der Rinder gefährlich vergrößert. Während man sich früher vor den Bakterien durch veterinärpolizeilich streng schützen mußte, droht die Gefahr jetzt besonders vom Dritten Reich.

Daß auch auf den anderen Gebieten der Wirtschaft nicht alles in Ordnung ist, zeigen die Artikel des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in der Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht. Die deutsche Aufrüstung wird im wesentlichen durch Zwangsanleihen und Schatzwechsel finanziert, die Kreditinflation nimmt immer gigantischere Ausmaße an, darweil die Goldvorräte der Reichsbank die Lungen schwinden. Deshalb erinnert Schacht, der 1933 diese Art von Geldbeschaffung eingeführt hat, daß das Gold noch immer internationales Zahlungsmittel sei. Die Sintflut von Kreditgeld, die über Deutschland allmählich heranzieht, wird nicht nur Deutschlands Wohlstand hinwegschwemmen, tritt einmal der Dammbruch ein, ist viel mehr in Gefahr als das zu Papier gewordene Kapital.

Der Vierjahresplan, der jetzt für Deutschlands Wirtschaft maßgebend ist, hat in der Landwirtschaft und der Industrie nicht geholfen. Deutschlands Export kann sich nicht erholen, das Reich kann sich nicht die Devisen verschaffen, um die notwendige Einfuhr zu bezahlen. Wie der griechische Riese Prokrustes die Reisenden in ein Bett zusammenpreßte und ihnen die Glieder abschaltete, wenn sie zu lang waren, so wird die deutsche Wirtschaft in das Prokrustesbett des Vierjahresplans gesteckt und vollkommen der Aufrüstung dienlich gemacht — mögen darüber Menschen und Vieh zugrundegehen. Als die nationalsozialistische Partei die Weimarer Republik auf Tod und Leben belämpfte, versprach sie dem Volke den deutschen Sozialismus. Man muß große Phantasie haben, um das, was sich unter dem Diktat des Lieblings der westdeutschen Schwerindustrie, des Herrn Hermann Göring in Deutschland abspielt, als Sozialismus zu bezeichnen.









